



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
1906**

54 (1.2.1906) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-417616](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-417616)

General-Anzeiger



(Wäbische Volkszeitung.) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2. Lesefeste und verbreitete Zeitung in Mannheim und Umgebung. E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mitagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin W 50.

Redakteur: Dr. Paul Harmo, Wärburgerstraße 15.

Telegramm-Adresse:
„Journal Mannheim“.

Telephon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (An-
nahme v. Druckarbeiten) 341
Redaktion 377
Expedition 218

Abonnement:

70 Pfennig monatlich.
Frangieren 20 Pfg. monatlich,
durch die Post bei incl. Post-
ausschlag Nr. 342 pro Quartal.
Einzelt-Nummern 5 Pfg.

Inserate:

Die Colonat-Zeile . . . 20 Pfg.
Kurzfristige Inserate . . . 25
Die Reklame-Zeile . . . 60

Nr. 54.

Donnerstag . Februar . 10

(10. Heft 11.)

Der Toleranzantrag zum andern Male.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Hs. Berlin, 31. Jan.

Noch einen vollen Sitzungstag hat der Reichstag der ersten Lesung des Toleranzantrages widmen müssen. Und das, obwohl die Geschäftsliste so bedrängt ist, daß der Präsident jetzt endlich vorschlagen muß, was hier vor Wochen schon als unabweislich bezeichnet wurde: die planmäßige Beschränkung und Einteilung des Arbeitsstoffes.

Heute schied das Zentrum zwei erlauchte Häupter vor: den Professor von Hertling und den Präsidenten Spahn. Prof. v. Hertling war gewiß die geeignetste Persönlichkeit, um die Angriffe des Abg. Müller-Meinungen, aus der vorigen Verhandlung, abzuwehren. Aber er machte sich die Sache doch gar zu leicht! Auf alles, was ihm un bequem war, erklärte er nicht eingehen zu wollen! Ein Buch, wie das des Paters Bischoff mit seinen häßlichen und maßlosen Angriffen auf Andersdenkende ist doch damit nicht aus der Welt geschafft, daß man erklärt: die bischöfliche Approbation sei nur eine Druckerlaubnis, die damit den Inhalt noch nicht billigt. Viel schwerer fällt schon ins Gewicht, daß Herrbert von Hertling zugeben mußte, für gewisse Teile des Buches — über gemischte Ehen — hätte die Zensur strenger gehandhabt werden sollen. Am interessantesten aber waren die Auseinandersetzungen grundsätzlicher Natur, wobei der Redner einen so freien Standpunkt einnahm, wie er im Zentrum kaum allgemein gebilligt werden dürfte. Er sagte: wir haben allerdings mit der Theorie vergangener Zeiten gebrochen, indem wir die Freiheit der Religionsübung unter dem Schutz der allgemeinen Freiheit stellen möchten. Wir sind uns bewußt, daß das ein folgenschwerer Schritt ist, aber wir mußten ihn tun, denn wir leben nicht mehr im Mittelalter. Zudem wie für uns freie Religionsübung fordern, erkennen wir jeder andern Ueberzeugung das gleiche Recht zu; wir verfechten die individuelle Freiheit auf dem Gebiete der Religionsübung. Das ist ein Standpunkt, wogegen gewiß nichts einzuwenden ist; aber wie verträgt er sich mit der dogmatischen Intoleranz, die das Zentrum durch den Mund des Herrn Bacher doch ausdrücklich für sich in Anspruch genommen hat? Individuelle Freiheit und dogmatische Intoleranz sind für jeden, dem es nicht nur um ein Spiel mit Worten zu tun ist, schnurgerade Gegensätze.

Nach dem auf vornehm Form haltenden Hochschullehrer bestieg der Abgeordnete Hofmann die Tribüne. Dem ist der Brustton der Ueberzeugung alles, die Form nichts. Nur selten wird er von seiner Partei losgelassen, darum legt er Wert darauf, sich alles vom Herzen zu reden, was sich in der langen, parlamentslosen Zeit allzu angehäuft hat. Er wendet gegen Intoleranz in jeder Form und belegt jede Wort davon mit 1-2 Beispielen, die keinem halbwegs gewissenhaften Zeitungsleser mehr fremd sind. Er behauptet, man klammere sich an die Religion, weil man Angst habe vor der Sozialdemokratie. Er aber möchte die Religion vor allem aus der Schule heraus haben, und er erzählt, was man in Frankreich „an der Stelle“ gefehlt habe; da würden nämlich die Kinder „in folgendes“ unter-

richtet. In je größere Höhe der Redner sich hineinsteigt, um so mehr häufen sich die ulerberliner Entgleisungen aus der Grammatik, die beweisen, daß bei ihm nicht nur der Religionsunterricht schlecht angefallen hat. Fünfviertelstunden muß der Reichstag diese billige Veredamtheit im Ton einer Volksversammlung über sich ergehen lassen, dann verläßt sich die Debatte langsam und reizlos ins Breite. Etwas belebter wird sie erst wieder, als, bei vorgezierter Zeit, Herr Müller-Meinungen seinen Widerfacher antwortet. Da gibt's Zwischenruf- und Gemurmel und mißhörendes Grunzen, wobei wir eine präsidiale Belehrung darüber empfangen, wie man diese Tätigkeit parlamentarisch am besten umschreibt. Durch „unartikulierten Laute“, schlägt Graf Wolffstrein wohlwollend dem Redner vor; der wäre mehr für „animalisch-tonnibalische Töne“, was der Präsident mit einem nachsichtigen Lächeln auch passieren läßt.

Abg. Müller-Meinungen wäre kein übler Fechter für Duldung und Geistesfreiheit, wenn er sich zu beschränkten Wählte und wenn ihm nicht jeder Zug ins Große, Wichtige, Gedantenschwere fehlte. Er glaubt, jeden Einwand widerlegen, jeden einzelnen Akt der Intoleranz festnageln zu müssen, statt mit einem einzigen Schwerthieb des Geistes ein Dugend Gegengründe zu Boden zu schlagen. Wer sich's nicht zutraut, die Gegner reihenweise niederzumähen, der sollte den Kampf gegen das vielköpfige Ungeheuer Intoleranz lieber nicht aufnehmen. Auch seine letzte persönliche Bemerkung verbißt sich Herr Müller-Meinungen durch Weisheitsweisheit; und doch wäre es so nützlich gewesen, wenn auf die hochtönenden Schlussworte des Abg. Spahn noch ein kleiner, aber kräftiger Dämpfer gesetzt worden wäre. Herr Spahn sagt nichts, was nicht schon ein Duzend und mehr Male gesagt worden; er müht sich gar nicht, die geistige Höhe des Herrn v. Hertling zu erreichen, der doch mehrfach das Gebiet wenigstens freite, wo eine Diskussion allererst möglich ist. Aber — der Redner selbst wird es ihm lassen müssen — er brachte die Debatte zu wertlosem Abschluß. Nicht geschickt standen seine Mannen um die Tribüne und gehorchten dem leisesten, rhetorischen Druck, den der Redner mit seinem matten und dumpfen Organ ausübte. Unter den Klängen dieses Epilog mit Chorbegleitung ist nun doch die erste Lesung zu Ende gegangen, und morgen kann die zweite des Etats beginnen. Daß sie so rasch durchgepeitscht werden könnte, wie der Präsident es dem Seniorenkonvent heute vorgeschlagen hat, waagt vor der Hand niemand zu hoffen.

Deutsches Reich.

* Berlin, 31. Jan. (Der Seniorenkonvent des Reichstages) einigte sich heute, wie schon berichtet, dahin, morgen in die zweite Lesung des Etats einzutreten und mit dem Reichsamt des Innern zu beginnen. Man hat einen Arbeitsplan des Präsidenten stillschweigend gutgeheißen, der für die einzelnen Etats bestimmte Zeiten in Anspruch nimmt. Danach würden 2 Tage dem Reichsamt des Innern, 4 Tage dem Reichsamt der Marine usw. gewidmet werden und im ganzen 36 Tage für die zweite Lesung erforderlich sein, während im Vorjahre 37 Tage erforderlich waren. Bis zum 1. April sind 51 Sitzungstage vorhanden, 8 Schwereinstage sollen beibehalten werden. Die verbleibenden 43 Verhandlungst-

tage würden also für die Staatsberatung ausreichen, wenn die Redner sich weiser Mäßigkeit befleißigen. Die sachlichen Schwierigkeiten liegen aber in der Langsamkeit, mit der die Steuerkommission arbeitet, und der Unmöglichkeit, die Pensionsgesetze rechtzeitig fertigzustellen. Wenn auch die Geldmittel vor der Steuerbewilligung durch Matrifularbeiträge beschafft werden könnten, so ist es doch zweifelhaft, ob man die höheren Marineforderungen und Pensionen in den Etat aufnehmen wird, ehe man über die Beschaffung der Deckungsmittel Klarheit hat. Möglicherweise lehnt man diese Forderungen vorläufig ab und verweist sie auf den Nachtragset. — Der gute Wille des Seniorenkonvents ist anzuerkennen. Aber: Was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe? Wie oft hat nicht schon der Seniorenkonvent die besten Entwürfe gefaßt, die dann jämmerlich an der latenten Beschlusunfähigkeit des Plenums scheiterten! Im Interesse des Ansehens des Seniorenkonvents selbst, vor allem aber im Interesse des Reichstages und der Führung der Staatsgeschäfte können wir nur wünschen, das Plenum werde sich verpflichtet fühlen, den ihm vom Seniorenkonvent vorgezeichneten Weg zur Erledigung seiner parlamentarischen Arbeit auch wirklich einzuschalten.

— (Der Kaiser und ein englischer Arzt.) Die englischen Blätter teilen mit, der Kaiser habe dem englischen Ohrenspezialisten Charles A. Vallance den Kronenorden dritter Klasse verliehen. Sie schließen daraus, daß die neuliche Meldung, der Kaiser habe einen hervorragenden englischen Ohrenarzt nach Berlin kommen lassen, um von ihm sein linkes Ohr untersuchen zu lassen, richtig war.

— (Die Kaiserin) hat gestern die Heimarbeitausstellung besucht. Ein Bericht im „Reich“, der durch die Führerin der hohen Frau in der Ausstellung, Fräulein Behn vom Vorstand der christlichen Heimarbeiterrinnen, beeinflusst sein dürfte, erzählt, daß die Kaiserin mit besonderem Interesse den sachmännischen Darlegungen der erklärenden Arbeiter folgte. Als ein Metallarbeiter von einer besonderen Art Berliner Schlosserarbeit bemerkte: „Das ist jetzt Frauenarbeit, weil die Löhne so gesunken sind, daß Männer sie nicht mehr machen“, rief die Kaiserin empört: „Ja, das sehe ich aber nicht ein, wenn die Frau dieselbe Arbeit leistet, muß sie doch auch denselben Lohn dafür haben.“ Später als die Kaiserin die Kinderarbeit, wie Knöpfenfabrikation, sowie die Frauenarbeit in der Handschuhbranche besichtigte und erfuhr, daß dafür mitunter nur 6 bis 8 Pfg. Stundenlohn gezahlt werden, meinte sie: „Es muß etwas geschehen, aber wie ist das zu machen?“ worauf Fräulein Behn ihr erwiderte: „Majestät, nur durch die Gesetzgebung, wodurch die Mindestlöhne tarifmäßig festgelegt werden.“

— (Die Reichstagskommission zur Vorbereitung der Banknotenvorlage) (Schaffung von Banknoten in Höhe von 50 und 20 Mark) beriet heute längere Zeit, ohne indes zu einem Beschlusse zu kommen. Die Regierungsdirektoren machten eine Reihe vertraulicher Mitteilungen. Die Kommission sah sich deshalb veranlaßt, die weitere Beratung auf Dienstag zu verschieben.

— (Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages) behandelte die Wahl des Abg. Dr. Lucas (8. Kassel, natl.) und erklärte sie schließlich für gültig.

Ein paar hübsche Anekdoten von König Christian

werden in ausländischen Blättern erzählt. Sie werfen ein helles Licht auf die sympathische Erscheinung dieses gemüthlichen und freundlichen Herrn. Der fast wie ein Andereisenher Würdenschönig viel eher als in Schlafrock und Pantoffeln als im großen Gala-Kleide zeigte und von dem jene krausliche romantische Stimmung ausging, die um die phantastischen Schönheiten Kopenhagens schwingt und auch in der künftigen Kunst zum Ausdruck kommt. Der König hatte sein großes Vergnügen daran, durch die Straßen der Stadt bis weit hinaus aus Feld zu spazieren und mit irgend einem des Weges Vorübergehenden ein Gespräch anzufangen. Eines Tages war er mit seinem Sohn, dem Prinzen Waldemar, tief hinein in den weiten Wald bei Fredensborg gegangen, und ganz in ihr Gespräch vertieft, hatten sie den rechten Weg verloren. Da begegneten sie einem Kauer, der auf einem kleinen Wagen angefahren kam, und sie fragten ihn, wie man wohl am besten nach dem Schloß kommen könnte. „Warten Sie nur immer hinten mit auf; ich will Sie schon hinführen“, sagte der Bauer. Sie trafen also auf den Wagen und machten sich zwischen den Wehläden bequem, die darauf lagen. Dann fragten sie während der Fahrt mit ihrem Führer an zu plaudern, und als sie bald merkten, daß er keine Ahnung habe, wer sie wären, fragte ihn Christian, was er wohl vom König halte. „Noch keine war der König nicht“, antwortete der Bauer, „aber ich habe gehört, er soll ja ein ganz guter Mann sein; doch das werde ich ihm nie vergessen, daß er einen solchen Dutzchen wie seinen Minister Jacob Estrup sich so über den Kopf kommen läßt, der das Land ins Unglück führt.“ Der König lächelte, da über seinen Premierminister ein so harmlos Urteil gefällt wurde, sagte aber kein Wort mehr. Sie wanderten aber allerlei anderes und dann waren sie auch schon vor dem Schloß. Da ging es nun umsetzen Bauern wie dem Bauern Bauerlein, das mit Heinrich IV. einst nach Paris ritt. Die Wache trat ihn Gemüthe und begrüßte den König, und als dem Führer nun klar wurde, wen er gefahren hatte, bekam er große Angst, hieb auf sein Pferd ein und wollte sich aus dem Staube machen. Doch

der König hatte freudlich, doch angestanden, flochte ihm auf die Schulter, ließ ihn ins Schloß eintreten, gab ihm ein Glas Wein und schenkte ihm 100 Kronen, indem er seine Freimütigkeit lobte.

Einmal ging der König durch eine StraÙe, als er bei einem Soufen von Arbeitern vorbeikam, die isrig über eine Angelegenheit diskutierten und ihre verschiedenen Meinungen mit großer Erregung verteidigten. „Da kommt der König“, rief einer aus der Gruppe. „Wir wollen ihn nach seiner Meinung fragen.“ Christian trat zu ihnen, unterbrach sie eine Stunde lang mit den Reden, bis sie endlich ihre Meinungen ausgetauscht hatten. Als er dann sich freundlich von ihnen verabschiedete, sagten sie alle: „So einen König wie unseren gibt's nicht wieder.“ Das war auch die Meinung eines Arbeiters, mit dem der König sich einmal in ein längeres Gespräch einließ und der treuherzig bemerkte: „Ich muß Ihnen sagen Majestät, daß Sie ein guter König sind, einer der besten, so verfährt man, den wir je gehabt haben.“ „Na, das hängt von dem Gedächtnis eines jeden ab“, antwortete Christian, und als ihn der Mann ganz verwundert ansah, fügte er hinzu: „Mögen Sie, ich kann das selbst am wenigsten beurteilen.“ Das ruhige und beherzte Leben, das er führte, hat sicher viel dazu beigetragen, bis ins hohe Alter ihn ruhig und kerngesund zu erhalten. Bis zum Tode ferner von ihm innig geliebten Gemahlin im Jahre 1898 zeigte er sich die geringsten Altersbeschwerden und unternahm täglich sehr weite Spaziergänge. Dabei traf er häufig einen alten Mann, mit dem er sich öfters unterhielt und den er einmal nach seinem Ergehen fragte. „O ich danke sehr Majestät“, sagte dieser, „ist so alter Mann wie ich darf nicht klagen, wenn er sich noch so fortbewegt.“ „Haben Sie nicht so dummes Zeug von Ihrem Alter“, sagte der König ganz ärgerlich. „Ich bin 15 Jahre älter wie Sie und ich spüre noch nichts davon, daß das Alter herannahet. Sehen Sie, ich komme eben von einem fröhlichen Marsch aus Hømpenboeg.“ Hømpenboeg liegt über 13 1/2 Meilen von Kopenhagen entfernt.

Als er dann später doch hin und wieder den Arzt zu Rate ziehen mußte, ging er eines Tages zu seinem Leibmedikus Professor

Stubbgaard, um ihn um Rat zu fragen. Er schickte die Kroppe hinauf und ließ an der Tür. Ein häuslich aussehendes Dienstmädchen, dem man es ansah, daß es direkt vom Lande gekommen war, macht ihm auf. „Ja der Herr Professor ist zu Hause“, fragte der König. „Ja aber nicht für Sie, und jetzt überbringt für niemanden.“ „Er wird aber vielleicht mit mir eine Ausflugsreise machen, wenn Sie ihm sagen, daß der König da wäre“, meinte Christian. „Sie wollen der König sein? Haben Sie andere Leute zumarren. Der König kommt nicht so dahergesegelt“, und damit wies sie ihm die Tür vor der Kasse zu. Als Stubbgaard am folgenden Tage dem König seine Aufwartung machte, sagte dieser: „Bringen Sie doch, mein lieber Professor, diese meine Photographie Ihrem Dienstmädchen, damit sie mich das nächste Mal erkennt, wenn ich zu Ihnen komme und mich nicht wegschämt, und hier geben Sie ihr 20 Kronen von mir.“ Die Erscheinung des würdigen alten Herrn, der in einfacher Kleidung, nur von seinen zwei Doggen begleitet überall zu sehen war, war außerordentlich populär in Kopenhagen. Dabei wäre er einmal von einem Raufahrer beinahe überfahren worden, der frecklich an ihn anfuhr, und als er selbst dabei vom Rabe fiel, so gleich in einen Strom von Schimpfereien ausbrach, bis er sich den Wehrenten ansah und in ihm den König entdeckte, worauf er sich höchst erschrocken davonstieß. Einmal rettete Christian zwei kleinen Kindern das Leben, indem er sie unter den Säubern der elektrischen Bahn leitete. So kam er auch einst dazu, als eine Frau, die mit einem Schuttmann in Streit geraten war, ausrief: „Warte nur, bis der König und seine beiden Doggen vorbeikommen, dann werden wir ja sehen, wer Recht hat.“ In seiner Gutmütigkeit veranlaßte er sich zu sehen, wer Recht hat. „Ich habe leider nicht einen Pfennig bei mir, Majestät.“ Von dem Kronprinzen aber ließ er sich häufig ausbilden, wenn seine eigene Börse erschöpft war. „Sag mir doch etwas Geld“, sagte er dann, „da hat mich eine alte Frau um ein Kleines angegangen und ich habe nichts mehr.“

Das Ergebnis seiner Studien und gesammelten Erfahrungen in Ostafrika legt der nationalliberale Abg. Dr. Paasche in einem größeren, mit interessanten Abbildungen ausgestatteten, wissenschaftlichen Werke nieder, das demnächst im Verlage von C. A. Schwetschke & Sohn, Berlin erscheinen wird.

Die Ankunft des Gouverneurs von Kamerun, v. Puttkamer, in Hamburg wird für diesen Donnerstag erwartet. Herr v. Puttkamer wird sich sofort nach Berlin begeben. Die Verhandlungen zwischen Kolonialamt und Gouverneur sollen so gefördert werden, daß bei der zweiten Beratung des Kolonialrats im Plenum des Reichstages der Kolonialkommissioner dem Reichstage in allen Punkten Rede und Antwort stehen kann.

(Einführung der Berufung.) Durch Wiederführung der Berufung im Zusammenhang mit der Reform des Strafprozesses wird nicht nur ein überall mit größerer oder geringerer Beschränkung gewährtes Rechtsmittel auch den Urteilen der Strafkammer gegenüber der Handhabung wieder zugänglich gemacht, die der Reichstag in den sechziger Jahren versagen zu müssen glaubte. Es läßt sich gleichseitig erwarten, daß eine Reihe von Missethätigen herabgemindert werden, die sich durch Mängel der jetzt geltenden Strafprozessordnung herausgebildet haben. Insbesondere gehört hierher das Auswachsen der Befugnisse des Staatsanwalts im Vorverfahren und die Befähigung der Polizei mit Ermittlungen im Dienste des Staatsanwalts, die mit Recht in bürgerlichen Kreisen verstimmt und aufregend zu wirken ansetzen. Je schwieriger der Beruf der Polizei im Zeitalter des Verkehrs und der Sozialreform sich gestaltet, um so mehr ist es Aufgabe des Gesetzgebers, sie von Pflichten zu entbinden, die ein Eindringen in persönliche Verhältnisse erfordert. Nicht zuletzt wird durch Wiedereinführung der Berufung der Missethätigen des Reichstags von früher korrigiert, die Revision gegen die Urteile sämtlicher Strafkammern des Reiches auch wegen der geringfügigsten Formverletzungen mit Uebergehung der Oberlandesgerichte, die dadurch für das Strafrecht fast gestellt werden, dem Reichsgericht aufzubürden. Die Bedeutung des letzteren und seiner Rechtsfindung hat dadurch nicht gewinnen können.

(Die Mittelhandvereinigung) erfährt in der „Konf. Korr.“, dem offiziellen Organ der konservativen Partei, eine Kritik, die sie schwerlich von dort her erwartet hat: Wir glauben, daß eine solche Bewegung, wie alle bisherigen Erfolge gezeigt haben, eine Gewähr für ihren Bestand nicht in sich trägt, und daß sie mehr zur Zersplitterung der dem Mittelhand dienlichen Kräfte führt als zu einer Zusammenfassung der dem Mittelhand Angehörigen. Je mehr besondere Interessengruppen entstehen, die auf die Wahlen Einfluß ausüben wollen, desto mehr werden die Chancen derjenigen politischen Parteien vermindert, auf welche sich bis jetzt schon der Mittelhand zuverlässig stützen konnte, und die nach wie vor die Interessen des Mittelhandes vertreten, und desto mehr wird der notwendige Zusammenschluß gegen die schlimmsten Feinde des Mittelhandes, die Sozialdemokraten, erschwert.

Das ist ein Urteil, dem man sich anschließen kann.

(Major Graf v. Posadowsky-Wehner) vom Großen Generalstab ist als Militärattaché zur Botschaft in St. Petersburg kommandiert.

(Der Fürst zu Lippe) hat von dem Kaiser bei seiner jüngsten Anwesenheit in Berlin den Roten Adlerorden erster Klasse erhalten; ebenso wurde das Gesehe des Fürsten ausgezeichnet.

(Der Redakteur des „Korrespondenten“) der Buchdrucker, Rezhäuser, denkt gar nicht daran, sich durch die wilden Angriffe der „Leipziger Volkszeitung“ und des „Vorwärts“ ins Bodenhorn jagen zu lassen. In der neuesten Nummer des „Korresp.“ erklärt sich auch die gesamte Redaktion mit Rezhäuser solidarisch und bezeichnet die „Rachwächteruterei“ des „Vorw.“ für haren Unfug. Rezhäuser selber spricht in einer besonderen Erklärung gegen die „Leipziger Volksztg.“, die den „Weltreform im Sauberdenton erreicht“ habe, die Ermordung aus: „Jeder anständige Kollege wird mit mir das Gefühl des Erelz teilen, sich gegen solchen Schmutz zu verteidigen.“

(Der Genosse Calver) hat, wie wir jüngst mitteilten, in den „Sozialistischen Monatsheften“ eine ausführliche Verteidigung der deutschen Marokko-Politik veröffentlicht. Natürlich wendet ihm der „Vorwärts“ darob alsbald eine lange Strafpredigt, worin Herr Calver bezeugt wird, daß er auch nicht das ABC der Klassenkampftheorie begriffen hat, sich vollständig in „bourgeoisem“ Anschauen bewegt und für das „kapitalistische Recht des Stärkeren“ eintritt.

(Die erste in Logo gedruckte Zeitung) liegt jetzt vor. Es ist die erste Nummer des „Amtsblatt für das Schutzgebiet Logo“, herausgegeben vom kaiserlichen Gouvernemen in Logo, das in der Regel am 8. und 23. jedes Monats erscheint.

* Wilhelmshaven 31. Jan. (Der sozialdemokratische Landtags-Abgeordnete Paul Hug)

Tagesneuigkeiten.

Eine Millionäre als Neptemania. Karandon de Mantel erzählt in der „Revue philanthropique“ den interessanten Fall einer vornehmen Dame aus den höchsten Gesellschaftskreisen, die über ein Vermögen von vielen Millionen verfügte und doch unter einem unüberwindlichen Trieb zum Wehlein litt. Bald in diesem, bald in jenem größeren Warenhaus einmündete sie irgend welche Gegenstände, die ihr gerade handgerecht dalagen; sie suchte so gefächelt den rechten Augenblick auszunutzen, zeigte eine solche Gewandtheit und Selbstlosigkeit dabei, daß sie selbst über dieses Diebstahls Scham empfand. Man hätte glauben sollen, daß sie sorgfältig das Stehlen gelernt und es ein ganzes Leben hindurch betrieben hätte. Sie litt schwer unter dieser Leidenschaft; von früherer Kindheit an zu Gewissenstadeln neigend, empfand sie außerordentlich hart das Unrechtmäßige ihrer Handlungsmethode. Sie suchte auf alle Art den Schaden nachher wieder gut zu machen, den sie angerichtet hatte. Da sie in verschiedenen großen Geschäften haß, um nicht durch Enttöschung allzu vieler Gegenstände Auffsehen zu erregen, so wartete sie, bis eine größere Summe zusammen war, die die gestohlenen Gegenstände repräsentierten, und sandte diese dann unter falschem Namen an die Geschäfte, wobei sie dem Belde ein Billet beifügte, auf dem geschrieben stand: „Preis der durch eine Kranke wider ihren Willen entwendeten Gegenstände, mit der Bitte, ihr zu vergessen.“ Sie war der Ansicht, daß dieser ihr angestrebte und qualende Trieb zum Diebstahl sich zwar bei ihrer Schwangerschaft gezeigt habe, während deren sie sich ihrem Geliebten vollständig überlassen habe, aber auch nachher hätte die Leidenschaft nicht auf, ja sie war trotz großer Willensanstrengungen nicht imstande, diesen verbrecherischen Wünschen zu widerstehen; sie hatte schwere Angewohnheiten und eine große

wurde von der oldenburgischen Regierung als Beigeordneter der Gemeinde Bant nicht bestätigt.

* Dresden, 31. Jan. (Ueber das Verbot von Volksversammlungen) das in den Tagen vom 21. Januar bis zum 23. Januar in fast ganz Sachsen zur Durchführung gebracht wurde, hat der sozialdemokratische Abgeordnete Goldstein in der zweiten Kammer des sächsischen Landtags eine Interpellation eingebracht.

Ausland.

* Oesterreich-Ungarn. (Die ungarische Krise.) Die Koalition hat heute die Antwort auf die Postkarte des Kronrathes fertiggestellt. Diese Antwort enthält die Bedingungen, unter welchen die Koalition zur Uebernahme der Regierung bereit ist. Die ungarische Kommandosprache ist nicht darunter.

* Frankreich. (Der Zwischenfall mit Venezuela.) Die italienische Regierung hat, wie bekannt, Frankreich den Vorschlag gemacht, ein permanentes Schiedsgericht einzuführen, um alle Schwierigkeiten, welche zwischen Venezuela und irgend einer anderen europäischen Macht entstehen sollten, zu erledigen.

(Von der Fremdenlegation.) Aus Ocran meldet das Echo de Paris: Eine französische Kolonne in Stärke von einer Kompagnie der Fremdenlegation hat in den letzten Tagen eine große Raubüberfälle im Stärke von 3000 Mann angegriffen. Die Raubbeute betrug 1000 Tote und Gefangene zuzü, ebenso sämtliche Kamele, Pferde etc. Auf französischer Seite wurden zwei Spahis und drei Eingeborene verwundet.

* Italien. (Die Regierung) beschäftigt, in der Kammer die zweijährige Dienstzeit durchzuführen.

* Spanien. (Die Hochzeit des Königs Alfons) soll Anfang Juni stattfinden. Sie wird durch das Ableben König Christinas keinen Aufschub erleiden, da beide Brautleute zur bänischen Königsfamilie nur verläufigste Beziehungen haben.

* Großbritannien. (Der englisch-japanische Vertrag) legt bekanntlich den Japanern die Verpflichtung auf, beim Eintritt des Kaisers feierlich den Engländern bei der Verteidigung Indiens Hilfe zu leisten. England trifft jetzt die Vorbereitungen für eine solche Eventualität. Man schreibt dem „H. T.“ aus London:

Infolge des zwischen der englischen und der japanischen Regierung getroffenen Abkommens wird eine Anzahl japanischer Offiziere der inoffiziellen Armee abkommandiert werden, um deren gesamte militärische Organisation und namentlich das Verteidigungssystem an der Kordocinsperrung Indiens zu studieren. Die Japaner werden unter die verschiedenen Distriktskommandos verteilt, ihre Abkommandierung wird ein Jahr dauern. Für die gleiche Zeit werden Offiziere der englisch-indischen Armee zu analogen Studien nach Japan abkommandiert.

Die Last dieser gegenseitigen Verpflichtung fällt auf die Japaner, ihre Vorteile auf die Engländer.

Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands.

(Von unserm Korrespondenten.)

II.

ab. Berlin, 31. Januar.

Die Verhandlungen des Kongresses der Tabakarbeiter Deutschlands, der als Protestkundgebung gegen die neuen Tabaksteuererlässe der Regierung einzuberufen war, erreichten erst heute nach dreitägiger Dauer ihr Ende. Nicht weniger als 65 Redner gelangten in der Generaldebatte zum Wort und 50 Redner waren noch eingeregelt, als endlich heute nachmittags ein Schlussakt zur Annahme gelangte. Sämtliche Diskussionsredner, unter ihnen der Reichstagsabgeordnete Geuer, der Vorsitzende des Deutschen Tabakarbeiterverbandes Deimann in Bremen, der heilige Landtagsabgeordnete Haab-Fungshubst und viele andere stellten sich auf den Standpunkt des Referenten Rosenbuh, daß die neue Steuer die Vernichtung Tausender Existenzen in der Tabakindustrie zur Folge haben würde, was umso schmerzlicher sei, als die in der Tabakfabrikation beschäftigten weiblichen Arbeiterkräfte und Frauen in anderen Berufen nicht unterkommen könnten. Vor allem wurde in der Diskussion betont, daß die Lage der Tabakarbeiter schon heute viel zu wünschen übrig lasse. — Deimann wies darauf hin, daß in Bremen in der Seimarbeit oft nicht mehr als 10 Pfg. die Stunde verdient würden. — Rott-Radt v. V. führte aus, daß er hauptsächlich von Angehörigen der Zentrumspartei nach Berlin geschickt worden sei. Sein Jahresverdienst betrage 520 M. Dabei müßten seine Frau und seine sechs Kinder oft bis in die Nacht hinein auf den Beinen sein. — Sommer-Goldberg erklärte, daß in Schlesien viele Tabakarbeiterfamilien mit 7—8 M. in der Woche auskommen müßten. — Schlüter, Wiesefeld schloß das Wort in der weisförmigen Formel ab. Aus einer ihm vorliegenden Lohnliste verliest er, daß eine Familie, bestehend aus 5 Köpfen, mit 18 Mark wöchentlich auskommen müßte.

Die einstimmig zur Annahme gelangte Resolution protestiert zunächst auf das entschiedenste gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer, des Tabakzollens, sowie gegen jede Art der weiteren Verringerung der Tabakfabrikate und beurteilt dann aufs schärfste, daß die Regierung es unterließ, Regierungsvertreter behufs näherer Information über die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter zu dem Kongress zu entsenden. Der Tabak, so heißt es in der Resolution weiter, ist für die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter der unentbehrliche Rohstoff des Gewerbes. Steuererhöhungen, die eine Verringerung dieses Rohstoffes herbeiführen, haben eine Herabdrückung des Konjunks zur Folge und bringen daher für die in der

Industrie, wenn sie dem unüberwindlichen Drange nicht nachgab. So stellt sie länger als ein Jahr in den größten Warenhäusern der Stadt, die sie endlich durch einen neuen Direktor, der sie nicht kannte und von ihrer sozialen Stellung nichts wußte, abgesetzt wurde. Sehr lässlich, aber bestimmt ersuchte er sie, mit ihm nach dem Bureau des Chef zu kommen. Der Chef, der die erkrankte, mit leuchtenden Perlen geschmückte junge Dame als eine seiner besten Kunden kannte und von den großen Aufwendungen, die sie zu wohlthätigen Zwecken machte, wußte, erdämpfte sich in Entschuldigungen wegen des Mißverständnisses und fuhr den Deletistio arg an. Aber die Dame fiel ihm in die Rede und gerand ihm ohne Höflichkeit, daß sie eben auf früherer Zeit beim Stellen erlaubt worden sei, daß sie an einem krankhaften Verlangen, Gegenstände zu erwerben, leide, und daß sie es sei, die unter falschen Namen schon des öfteren Geldbeträge an ihn geschickt habe. Der Chef begleitete sie darauf bis an die Türe, entschuldigte sich von neuem und erklärte ihr, daß sein ganzes Geschäft zu ihrer Verfügung stünde und daß sie ganz nach ihrem Belieben und ohne Furcht vor einer Indiskretion Gegenstände mitnehmen könne, wenn sie die Lust dazu empfinde. Ihre nächsten Angehörigen, ihr Gatte und ihre Mutter, hatten nie auch nur die leiseste Ahnung davon, von was für einer Krankheit die junge Frau befallen war.

Der Schlaf der Schulkinder. Nicht nur die um das Wohl ihrer Kleinkinder besorgten Mütter gewinnen es nur schwer über sich, die Kleinen am frühen Morgen aus dem Bett zu bringen, damit sie rechtzeitig zur Schule kommen, sondern auch eine Anzahl erfahrener Mütter erhebt ihre Stimme, um für die Schulkinder mehr Schlaf zu fordern. Man ist, so führt ein Mitarbeiter von „La Nature“ aus, im Allgemeinen der Ansicht, daß acht Stunden Schlaf auch für die Schulkinder genüge und daß es am besten sei, die Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens dafür zu bestimmen. Für die Schulkinder, d. h. für die Kinder von 9—15 Jahren, ist ein Schlaf von 8 Stunden indessen nicht genügend, sie brauchen durchschnittlich zwischen 9—10 Stunden Schlaf. Es ist dies das Alter des schnellen Wachstums, das fast in jeder Minute Fortschritt macht und vor allem während der Ruhe eintritt. Ein hervorragender Physiologe sagte einmal, man würde immer größer auf, als man zu Bett gegangen wäre. Nach einem langen, von verschiedenen Tätigkeiten angefüllten Tage, ist der Körper etwas eingesunken und müde, und diese Verfürgung des Schlafes wird während einer längeren Ruhepause wieder aufgemacht, was sich durch genaue Messungen leicht feststellen läßt. Besonders wichtig wird diese Tatsache aber für die Zeit des eigentlichen Wachstums, dem die Ruhezeit in erster Linie zugute kommt. So ist es zu verstehen, wenn in Amerika und England gegenwärtig eine lebhafteste Agitation zugunsten einer Verringerung der Schlafzeit für Schulkinder eingeleitet hat. Dr. Woodford im Namen der Vereinigung der Schulärzte für die Schüler unter 16 Jahren eine durchschnittliche Schlafzeit von 9—10 Stunden; die Untersuchungen, die er in etwa 50 Schulen angestellt hat, bewiesen ihm, daß bessere geistige Leistungen zu erzielen sind, wenn man dem jugendlichen Körper eine ausgiebigere Ruhe gönnt. Auf dem Kongress des königlichen Instituts für das öffentliche Gesundheitswesen in London wurde gleichfalls eine Resolution angenommen, die Professor Simpson vorgeschlagen hatte und die für die Schulkinder unter 16 Jahren im Interesse ihrer physischen und geistigen Entwicklung eine verlängerte Schlafzeit fordert. Die Gründe, die dabei angeführt werden, sind immer dieselben; die Kinder dürften in diesen entscheidenden Jahren ihre geistige Ausbildung nicht auf Kosten ihrer physischen Entwicklung verlieren. Würden beide gleichmäßig berücksichtigt, so würde dies die größte Regierbarkeit der Arbeit und auch die besten geistigen Leistungen ermöglichen.

Tabakindustrie und den Nebengewerben Beschäftigten Arbeitlosigkeit und Lohnreduzierungen. Die Tabakarbeiter glauben umso mehr berechtigt zu sein zu einem Protest gegen weitere Steuererhöhung. 1. weil in der Tabakindustrie eine große Zahl schwächerer und verküppelter Arbeiter Unterschlupf gefunden haben, die in keine anderen Industrie sich zu ernähren imstande sind; 2. weil durch die am 1. März 1906 in Kraft tretenden Zolltarif eine weitere Herabdrückung der elenden Lebenshaltung der Tabakarbeiter bewirkt wird und 3. weil die jetzige Steuererhöhung für die Tabakindustrie zur Folge hatte, daß die Tabakarbeiter, die vor dem Jahre 1879 mit zu den besser entlohnten Arbeitern gehörten, jetzt nach der Lohnsenkung der Berufsangehörigen mit ihrem Jahresverdienst um 400 M. unter dem Durchschnittsverdienst der gegen Unfall versicherten Arbeiter stehen. Die alljährlichen enormen Einnahmen, welche das Reich durch die im Jahre 1879 erfolgte Erhebung des Tabakzolls und der Tabaksteuer hat, werden hauptsächlich getragen durch die in der Tabakindustrie und deren Nebengewerben beschäftigten Arbeiter in Form der damals in großem Umfang vorgenommenen Lohnreduktionen. Eine neue Steuererhöhung würde eine weitere Verschlechterung der Lage der Tabakarbeiter beibringen. Da die Tabakarbeiter in 800 Arbeitstätten jetzt einem Durchschnittsverdienst von 544 M. erzielen, würden sie durch Lohnreduzierungen zum Hungern verurteilt sein. Die Resolution wendet sich weiter zu der geplanten Zigarettensteuer, die in manchen Fällen höher sei als der gegenwärtige Verkaufpreis und spricht zum Schluß die Erwartung aus, daß der Reichstag ebenso einstimmig wie seine Kommission die Steuererhöhung ablehnen möge.

Diese Resolution soll sämtlichen Reichstagsabgeordneten zugelangt werden. Auch wurde beschlossen, die Namen derjenigen Reichstagsabgeordneten in einem Flugblatt den Tabakarbeitern bekannt zu geben, die in der entscheidenden Abstimmung im Plenum für die Tabaksteuer stimmen werden.

Ferner wurde mitgeteilt, daß zwischen den Vorständen des Tabakarbeiterverbandes und des Sortierer-Verbandes Verhandlungen kämben, um eine Verschmelzung der beiden Organisationen herbeizuführen.

Endlich wurde beschlossen, daß die auf dem Tabakarbeiterkongress von 1903 zur Wahrung einiger Tabaksteuer-Vorlagen eingesetzte Zentral-Kommission auch für die Zukunft mit dem gleichen Zweck bestehen bleiben soll.

Papstliche Politik.

* Bonn, 31. Jan. (Landtagswahl.) Die Meldung der „Straß. Post“ aus Bonn, daß die Sozialdemokratie bei der Landtagswahl am 10. Februar gleich für den liberalen Kandidaten stimmen wird, wird in verschiedenen Blättern dementiert.

Aus Stadt und Land.

Mannheim 1. Februar.

* Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke. In der Aula der Friedrichschule hielt gestern abend Frau Professor Göhe aus Braunschweig den angekündigten Vortrag über „Die Mißbrauch der Frau im Kampfe gegen den Alkoholmißbrauch“. Zuor begrüßte der Vorsitzende des Vereins, Herr Dr. med. Max Friedmann die zahlreich erschienenen und auch einen Rückschl auf die Erfolge, die der Verein seit seinem zweijährigen Bestehen zu verzeichnen hatte und die in dem Vorworte bereits gemeldet worden sind. Die Referentin des Abends, Frau Prof. Göhe, war ihren Mittheilungen aus dem Braunschweiger Vortrage leider etwas zu rasch vor, so daß nicht der aufmerksamste Zuhörer nicht ganz zu folgen vermochte. Die Vortragende gab zunächst eine Darstellung der Mißbrauchsbedingungen im allgemeinen und behandelte später die Frage, warum die Frauen sich an der Vermehrung gegen den Mißbrauch geistiger Getränke beteiligen. Frau Prof. Göhe stellte es als Hauptaufgabe hin, daß die Frau aus dem engen Kreise der Hausarbeit herauszutreten und an den großen Kulturkämpfen unserer Zeit teilzunehmen. Sie wies dann auf den Einfluß der Frau auf ihren Gatten und in der Kindererziehung hin, sprach von der Tugend und Unfruchtbarkeit unserer abendlichen Jugend und behauptete die Maßnahmen, die diesen Uebelständen abzuwehren könnten. Als Mittel, das Volk von dem übermäßigen Alkoholgenuß abzuhalten, bezeichnete die Referentin Volksbibliotheken, Volksgesundheitsvereine, gute Wasserzuführung auf öffentlichen Plätzen in den Städten, Volksbelehrung, Volkserhaltungsbewerbe etc. An dem mit lobenswerthem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Diskussion, in der zwei Damen und ein Vertreter des Arbeiter-Konjunktionsbundes das Wort ergriffen. Herr Dr. med. Friedmann teilte in seinem Schlußwort mit, daß man gerne die Vertreter der Arbeiterbewegung sprechen lasse und diese die Vorträge auch der Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke nur mit den gegebenen Verhältnissen deute und einen nächtigen Alkoholgenuß nicht ganz verurteile.

* Gartenbauverein „Flora“. Die gestern abend im Ballhaus abgehaltene ordentliche Mitgliederversammlung wurde durch den zweiten Vorsitzenden, Herrn H. Rosenkränzer, eröffnet, welcher zunächst den Geschäftsbericht über das abgelaufene Jahr zur Kenntnis brachte. Den Referatbericht erstattete Herr S. Veltin und können die finanziellen Verhältnisse des Vereins mit sehr günstigem Bescheid beurteilt werden. Die Budgetaufstellung für das laufende Jahr wurde nach den Vorschlägen des Vorstandes einstimmig genehmigt. Bei dem 4. Punkte der Tagesordnung, Vorstandswahl, machte Herr Rosenkränzer dem Vorsitzenden, Herrn S. Veltin, die langjährige erste Vorsitzende des Vereins, Herr Georg Fischer, die vereinsamt gefahren habe, sein Amt freiwillig niederzuliegen. Herr Veltin würdigte dann in Angereger Ausführungen die großen Verdienste, welche sich Herr Georg

Veltin, d. h. für die Kinder von 9—15 Jahren, ist ein Schlaf von 8 Stunden indessen nicht genügend, sie brauchen durchschnittlich zwischen 9—10 Stunden Schlaf. Es ist dies das Alter des schnellen Wachstums, das fast in jeder Minute Fortschritt macht und vor allem während der Ruhe eintritt. Ein hervorragender Physiologe sagte einmal, man würde immer größer auf, als man zu Bett gegangen wäre. Nach einem langen, von verschiedenen Tätigkeiten angefüllten Tage, ist der Körper etwas eingesunken und müde, und diese Verfürgung des Schlafes wird während einer längeren Ruhepause wieder aufgemacht, was sich durch genaue Messungen leicht feststellen läßt. Besonders wichtig wird diese Tatsache aber für die Zeit des eigentlichen Wachstums, dem die Ruhezeit in erster Linie zugute kommt. So ist es zu verstehen, wenn in Amerika und England gegenwärtig eine lebhafteste Agitation zugunsten einer Verringerung der Schlafzeit für Schulkinder eingeleitet hat. Dr. Woodford im Namen der Vereinigung der Schulärzte für die Schüler unter 16 Jahren eine durchschnittliche Schlafzeit von 9—10 Stunden; die Untersuchungen, die er in etwa 50 Schulen angestellt hat, bewiesen ihm, daß bessere geistige Leistungen zu erzielen sind, wenn man dem jugendlichen Körper eine ausgiebigere Ruhe gönnt. Auf dem Kongress des königlichen Instituts für das öffentliche Gesundheitswesen in London wurde gleichfalls eine Resolution angenommen, die Professor Simpson vorgeschlagen hatte und die für die Schulkinder unter 16 Jahren im Interesse ihrer physischen und geistigen Entwicklung eine verlängerte Schlafzeit fordert. Die Gründe, die dabei angeführt werden, sind immer dieselben; die Kinder dürften in diesen entscheidenden Jahren ihre geistige Ausbildung nicht auf Kosten ihrer physischen Entwicklung verlieren. Würden beide gleichmäßig berücksichtigt, so würde dies die größte Regierbarkeit der Arbeit und auch die besten geistigen Leistungen ermöglichen.

Häher, während seiner langjährigen Tätigkeit um den Verein zu wirken und machte unter dem Beifall der Anwesenden den Vorschlag, Herrn Häher zum Ehrenpräsidenten zu ernennen, was einstimmig angenommen wurde. Zum ersten Vorsitzenden wurde alsdann Herr W. Rosenkränzer, zu dessen Stellvertreter Herr Fritz Kocher gewählt. Die statutenmäßig auszuführenden Vorstandsmitglieder Herren Werner, Thoma, Nebendahl und Wellenreuther wurden wieder, während anstelle des freiwillig ausgeschiedenen Herrn Durand, Herr Gartenarschitekt W. Rabe als Schriftführer neu gewählt wurde. Zu Rechnungsrevisoren wurden die Herren Karl Appel und Emil Pfefferkorn ernannt; sodann erfolgte noch die Konstituierung der einzelnen Kommissionen. — Die Besprechung verschiedener Vereinsangelegenheiten bildete den Schluß der Versammlung.

Wahltag des heutigen Jahres. Am 1. Februar des Jahres 1906/07 fand heute vormittag 11 Uhr auf dem Friedhofe an der Gruft eine ergebende Gedächtnisfeier statt, bei welcher Herr Direktor Jabel im Namen der Direktion und Herr Prof. Zehner im Namen der Beamtenschaft dem Verstorbenen einen herzlichen Nachruf widmete. Heute nachmittag um 8 Uhr wurde im Saal des Hotel de Ville auf dem Rindenhof der Gruftstein zu dem Krankenhause gelegt, zu dem Herr Geh. Kommerzienrat Lang J. B. die bedeutende Stiftung gemacht hat. Die Feier wurde durch einen vom Arbeiter-Verein gesungenen Chor eröffnet, worauf Herr Karl Lang die Weisrede hielt, in welcher er auf den Zweck des Hauses hinwies und besonders anerkennend des Herrn Medizinalrates Dr. Feud, der Herrn Geh. Kommerzienrat Lang behandelt hat, sowie des Herrn Architekten Ludwig, der die Pläne zum Bau angefertigt hat, gedachte. Das Gebäude wird, wie bereits bemerkt, im Lang'schen Garten auf dem Rindenhof errichtet, aber so, daß der Garten zwischen dem Krankenhaus und der Fabrik erhalten bleibt. Wie wir noch erfahren, fand heute vormittag 9 Uhr in der Jesuitenkirche eine Seelenmesse statt, der die Familienmitglieder beiwohnten. Ueber die Feier auf dem Friedhofe ist noch mitzuteilen, daß diese durch den Vortrag des Liedes „Wie sie so sanft ruhn“ durch einen etwa 200 Mann starken Arbeiter-Verein eröffnet wurde. Dann trat Herr Direktor Jabel an die Gruft und legte mit entsprechenden Worten einen Kranz im Namen der Direktoren nieder, Herr Prof. Zehner einen solchen im Namen der Beamten. Eine große Anzahl weiterer Kranzspenden kamte von den auswärtigen Familien und aus Arbeiter- und Freundschaften. Mit dem Vortrag des Liedes „Droben steht die Kapelle“ durch den Arbeiter-Verein wurde die ergebende Feier geschlossen.

Polizeibericht vom 1. Februar.

(Schluß.)

Zimmerbrand: In einer Sottlerwiese in der Gasse Kuffenstraße 22 in Madarau entstand gestern früh 5 Uhr ein Brand, wobei Segras und verschiedene Fahrnisse von unbedeutendem Werte verbrannten. Das Feuer wurde von dem Wohnungsinhaber gelöscht.

Unaufgeklärte Diebstähle: Von einem Güterbühlerwagen herunter wurde am 29. v. M., abends gegen 6 Uhr in der Schwabingerstraße in der Nähe des Redaktions-Übergangs ein Paket mit folgendem Inhalt entwendet: 2 rote Schokolade und Kaugummi (Catin), 2 rote Decktischlächer mit 4 Kissen, 3 weiße geblumte Tischlächer, 12 weiße geblumte Servietten, 18 weiße Handtücher (Gerstenforn), 12 graue Wisch- und 12 Küchenschwämme mit roter Kante, 6 weißelinierte ungeäumte Bettlaken, 12 Meter weißer Baumwollstoff, 1,40 Meter breit, 50 Meter weißer Baumwollstoff, 0,80 Meter breit.

Vor dem Hause Nappendstraße 8 wurde gestern abend ein jämlich altes Adlerrad, blaßes Fahrzeugnummer 19 608 entwendet. Um sachdienliche Mitteilung wird gebeten.

Badischer Landtag.

2. Kammer. — 18. Sitzung.

Ch. Karlsruher, 1. Februar.

Präsident Dr. Willems eröffnet 9 Uhr 15 die Sitzung. Im Regierungsrath Staatsminister Freiherr v. Dusch, Minister des Innern Dr. Scheffel, Finanzminister Wacker. Zunächst wird das neu eingetretene Mitglied der 2. Kammer, Hg. Stadmann (natl.), vereidigt.

Auf der Tagesordnung steht die allgemeine Finanzdebatte.

Präsident Dr. Willems macht die Mitteilung, daß sich die Parteien dahin geeinigt haben, aus der allgemeinen Finanzdebatte die Eisenbahntarifreform, die Frage der Amtverlängerung und des Mißbrauchs des geistlichen Amtes auszuscheiden, da diese Fragen zum Gegenstand besonderer Interpellationen gemacht sind. Auch haben sich die Parteien dahin geeinigt, bei der allgemeinen Debatte Lokalwünsche nicht vorzubringen.

Das Wort hat zunächst der Vorsitzende der Budgetkommission, Hg. Wiegler (Str.):

Der Etatsvorschlag für 1906/07 ist zahlenmäßig ein Minderhaushalt; die früheren Staatsvorschläge zeigten ein unerschütterliches Gesicht. Bei näherem Hinsehen muß man aber dem Finanzminister beipflichten, welcher die Lage als eine gespannte, kritische bezeichnet. Wenn alle die Vorlagen, wie Verbesserungen der Gehaltsverhältnisse der Lehrer, Eisenbahnbeamten usw. genehmigt würden, wird man trotz sein müssen, ohne ein Defizit abzuschließen. Zahlungsmittel für den Etatbetrag von 11 Millionen werden nicht übrig bleiben; dazu kommt, daß der Weltmarktpreis, der früher hohe Reserven aufwies, nur 1,8 Mill. Mark vermindert. Das außerordentliche Budget baut sich so nur auf Hoffnungen künftiger besserer Einnahmen auf, die aus der Besserung der wirtschaftlichen Lage erwartet werden. Vom Staatsvorschlag für 1906/07 kann man nur sagen, daß er durchsichtig ist, von verdeckten Reserven kann keine Rede sein. Verdeckte Reserven sind nur in der Amortisationsklasse zu finden, die zur Zinszahlung nötig sind. Trotz der Knappheit der Finanzen geschieht auch im vorliegenden Budget ganz Erledliches für die Beamten, besonders auch in der Stellenvermehrung. Die Stellenvermehrung betrug 1906/07 83, 1908/09 256, 1909/10 462, 1902/08 465, 1904/05 481 und jetzt 590; die Stellenvermehrung in den ausgeschiedenen Verwaltungszweigen in den gleichen Budgetperioden 82, 235, 571, 192, 221 und jetzt 404. Der persönliche Aufwand werde sich noch besonders in Zukunft steigern durch die Revision des Gehaltstaxifs, welcher schon seit längerer Zeit in Aussicht gestellt worden ist, und wir werden annehmen müssen, daß diese auch praktisch durchgeführt wird gleichzeitig mit der Einführung der Vermögensbesteuerung. Durch die Revision des Gehaltstaxifs ist eine Vereinfachung und Vereinfachung des Systems zu erstreben; die erhöhten Ausgaben für den Gehaltstaxif beantragte er auf 3—4 Millionen. Der außerordentliche Etat zeigt in Ausgaben 8,8 in Einnahmen 7,2 Millionen; die Ausgaben seien gegen früher zurückgegangen. Es werde wohl auch in dieser Landtage der Vorschlag gemacht werden, gleiches Deduktion des außerordentlichen Aufwands zur Schuldaufnahme zu streifen; davon wolle er schon heute warnen. Damit man kommenden Generationen in der Schuldzinszahlung ein schweres Joch auf, welche dann nicht mehr ihre Aufgaben erfüllen können. Die Ausgaben in Form der Matrikularbeiträge an das Reich lasten schwerer auf unserem Budget. Die geleisteten Beiträge für 1904 müssen jedenfalls bezahlt werden, vielleicht auch die für 1905. Daß die große Reichsfinanzreform durchgeführt werden muß, darüber ist man im ganzen Reich einig; die keine Finanzreform habe gut gewirkt, wie man aus den Staatsrechnungen erkennen könne. Die Hauptsache bei der Reichsfinanzreform sei, dem Reiche eigene Einnahmen zu verschaffen; ein Hauptgrundlag sei im Reichstage anerkannt worden, den wir auch anerkennen müssen, daß eine große Summe beschafft werden muß. Ein weiterer Grundlag sei besonders dem Zentrum dort aufgestellt worden, daß nach § 6 des Plattengesetzes eine Besteuerung des Massenverbrauchs zu vermeiden ist. Darum sei die Bier- und Tabaksteuer in der vorgeschlagenen Form unannehmbar. Auf die Grundsteuersteuer werde man sich nicht einlassen, weil sie eine zu große Verschärfung des Mittelstandes darstelle. Daß die Grundsteuer keine Sympathie besitzt, ist bei uns erklärlich besonders deshalb, weil wir gerade eine Reform nach der entgegengesetzten Seite anstreben. Es bleibe dann noch übrig die Erbschaftsteuer, die bei Ausdehnung auf Deszendenten und Ascendenten wohl große Beträge für das Reich bringen werde. Für uns kommt hier besonders die Rückwirkung auf unser Budget in Betracht. Und da werde Baden mit einem jährlichen Mehraufwand von 3 Millionen zu rechnen haben. Dem Reiche müsse man in seinen Einnahmen einen beträchtlichen Faktor schaffen; diesen könne er nicht in der Erbschaftsteuer erblicken, er suche diesen in den Matrikularbeiträgen. Zum Budget der Eisenbahnverwaltung bemerkt der Redner, daß man es im Lande nicht verhehle, daß für Renten und Umbauten viele Millionen ausgegeben werden können und daneben mit der Befriedigung berechtigter Wünsche auf Erschließung verkehrsarmer Gegenden nur sehr langsam vorgehe. (Beifall.)

Hg. Gishorn (Fag.):

begründet die Interpellation Bachold und Gen. betr. die Reichsfinanzreform. Aus dem großen Mißverhältnis bleibt eigentlich nur die Erbschaftsteuer übrig, während die anderen Steuern in ungewöhnlicher Weise die schwachen Schultern belasten. Zur Tabaksteuer führt der Abgeordnete aus, daß man die schlechte Hauptnahrungsmittel nicht mehr verschleudern könne. Die Besteuerung des Tabaks werde tausende von Arbeitern frolos machen und die Tabakindustrie aufs schmerzlichste gefährden. Durch den hohen Zoll auf Tabak solle man den kleinen Tabakbauern für die Tabakbesteuerung begeistern, aber auch der hohe Zoll werde die inländische Tabakindustrie schwerer gefährden. Die Biersteuer würde überdies den Einzelhaat noch einmal belasten; er könne nicht verstehen, wie man einer Steuer, die nicht nur nichts bringe, sondern dem Einzelhaat noch hohe Summen kosten, zustimmen könne. Tabak und Bier seien keine Luxusartikel, sondern ein Bedarfsartikel. Auch in der Zigarette könne er keinen Luxusartikel erblicken. Die große Regierung gebe sich vor, Mittelhandelpolitik zu treiben; wie verträge es sich aber mit dieser Mittelhandelpolitik, wenn die bayerische Regierung einer Frachtsteuer und einer Quittungssteuer bestimme, welche den Mittelstand ganz beträchtlich belaste. Allerdings habe man es auch mit Tauschungen versucht, (Präsident Dr. Willems rügt diesen Ausdruck.) Man habe hier nur kleinere Löhne freigelassen; allein Löhne über 20 Mark würden nur selten in der Woche ausgezahlt. Er könne nicht verstehen, wie ein Staatsmann, der jahraus jahrein die Wünsche der Bevölkerung auf Verbilligung des Verkehrslebens hier angeführt habe, im Bundesrat einer Verschlechterung zustimmen durch die Fahrkartenerhöhung zustimmen. Auch hier sei die unbedingte Zustimmung zu begehren, daß man dem kleineren Manne einreden will, er werde nicht belastet, wohl aber werde der Reiche hart getroffen. Aus der Erbschaftsteuer hätte man sehr leicht etwas machen können, wenn die Regierung gewillt hätte. Die Erbschaftsteuer sei noch dem Recht geordnet: „Was ich den Reiz und noch nicht nach“; auch trage diese Steuer einen agrarischen Charakter dadurch, daß sie eine Reihe Vergünstigungen der ländlichen Bevölkerung gewähre. Die Erbschaften sollten in rascher Prozedur steigen, denn einen mühseligeren und unbedeutenderen Vermögenszuwachs könne er sich nicht denken. Es sei richtig, daß das Reich sich in schwieriger finanzieller Lage befinde durch die ungesicherte Schuldenlast von 3 1/2 Milliarden. Die Schuldenlast sei aber immer verursacht worden durch Mängel. Wozu denn immer neue Mängel, wozu die neue Flottenverträge? Haben wir Krieg von Rußland zu befürchten? Der arme Jar wird froh sein, wenn man ihm kein armseliges Leben läßt. Auch in Frankreich zeigen sich deutlich die Friedensbestrebungen. Wenn wir nicht immer unbedenken in alles die Rufe hineinschicken, würden wir nicht mit anderen Mächten Brücken bekommen. Solange die Lebensverhältnisse die Matrikularbeiträge übersteigen, haben sich die Finanzminister nicht gedrückt; als sich aber das Blatt wandte, riefen sie plötzlich nach der Reichsfinanzreform. Redner geht näher auf diese wie auch auf die Schuldentilgung ein. Er glaube nicht an den guten Willen der Reichsregierung in der Absicht der Schuldentilgung. (Der Präsident rügt diese Äußerung.) Weiter empfiehlt der Abgeordnete, nicht etwa eine reinliche Scheidung der Reichs- und Landesfinanzen vorzunehmen, sondern die Matrikularbeiträge als beträchtlichen Faktor beizubehalten, schon um die Bundesstaaten an der Sparsamkeit zu interessieren. In Rüstungen habe man bei der Finanzreform vorzuziehen, nicht aber an die so notwendige Sozialreform. Zu Steuerungsangelegenheiten, zur Gehaltstaxifreform habe man nie Geduldiß.

Finanzminister Wacker

gibt namens der Regierung zur Interpellation eine Erklärung ab, welche den Gesandten betr. die Ordnung des Finanzwesens wie die in Verbindung mit diesem Gesandtenur dargelegten Reichsfinanzen verteilt. Da der Raum im heutigen Abendkoll zu sehr beschränkt ist, um die Erklärung des Finanzministers wiederzugeben, werden wir diese morgen mittag im Wortlaut nachtragen.

Die Besprechung der Beantwortung der Interpellation wird mit der allgemeinen Finanzdebatte verbunden.

Hg. Dr. Wiegler (natl.):

Die Notwendigkeit einer Reichsfinanzreform werde selbst von den Sozialdemokraten nicht bestritten. Es gehe nicht an, die Rechnungen so aufzumachen, daß man darauf hinweise, die Reformen aus der Reform dienten nur militärischen Rüstungen. Sehr bedeutende Mittel dienten auch der Weiterentwicklung der Sozialreform. Zur Bewahrung und Festigung der Machtstellung des Reiches und zur Stärkung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse sei eine Vergrößerung der Flotte nötig, die freilich erheblich mehr Ausgaben erfordere als früher. Selbst die Linkenliberalen sind jetzt gewillt, eine flottenfreundlichere Stellung einzunehmen als früher. Die Sozialdemokraten nähmen hier eine völlig isolierte Stellung ein; aber auch aus den Reihen dieser Partei erkünden Männer, welche der Verhärtung der Flotte das Wort reden. Die unglückselige Entwicklung der Reichsfinanzen sei auf den verfehlten Gedanken der lex Frandenstein zurückzuführen. Ueber 1 Milliarde werde an Ueberweisungen an die Einzelstaaten hingeschoben, um dann nicht nur alles das wieder mittels komplizierter Rechnungen zurückzufordern, sondern noch beträchtlich mehr an Matrikularbeiträgen. Nachgerade ist die ganze Materie ein wahres Scheinmisch für die weniger Eingeweihten geworden. Scheinbar sei auch das Zentrum gewillt hier Wandel zu schaffen und ein Verhältnis herzustellen, bei welchem Einzelstaaten wie das Reich ledlich fahren werden. Für das einzig Richtige halte er es auf den Boden des Art. 137 der Reichsverfassung zu stellen. Man wolle immer an den Matrikularbeiträgen festhalten, um die einzelstaatlichen Finanzminister an einer sparsamen Finanzgebarung zu interessieren.

Diese Beweisführung habe ihm nie gefallen; der einzelstaatliche Finanzminister sei auch so an der Sparsamkeit des Reiches interessiert, da das Reich seine Mittel aus demselben Holke schöpfen müsse. Auf die einzelnen Steuern hier näher einzugehen, dürfte sich erübrigen, da diese im Reichstage genügend debattiert worden dürften. Wenn wir auch mit der einen oder anderen Steuer unzufrieden sind, die Steuervorlage war notwendig. Die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Deszendenten und Ascendenten unterlege vielen Bedenken; es habe etwas Unsympathisches, beim Tode eines Familienmitgliedes die Steuerkommission in die Familie eingreifen zu sehen. Allein man lebe in einer realen Zeit und da könne er der Ausdehnung der Erbschaftsteuer bei größeren Erbansfällen nur zustimmen. Wenn man die Höhe auf notwendige Lebensmittel ansehe, so stehe mit der Höhe der Höhe auf wirkliche Lebenszölle die Höhe der Besteuerung des Tabaks in gar keinem Verhältnis. Er wäre dafür, die Belastung auf notwendige Lebensmittel herabzusetzen und den Tabak mehr zu belasten. Bei der vorgeschlagenen Erhöhung der Tabaksteuer würde aber gerade die Höhe der Besteuerung sein; der richtige Augenblick einer rationalen Besteuerung des Tabaks sei verpaßt worden; der heute vorgeschlagenen Steuer könne man darum nicht bestimmen. Für uns besteht bei einer höheren Besteuerung des Tabaks die Gefahr wenn auch nicht des Ruins so doch einer sehr schweren Schädigung der Interessen unseres Landes. Die Erhöhung der Biersteuer würde unser Altertum auf 1 1/2 Millionen Mark erhöhen; aber dies würde nicht den Konsumenten treffen, sondern die Staatskasse. Baden habe die höchste Besteuerung des Bieres im Reiche; und es sei nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn die norddeutschen Staaten in eben solcher Höhe zur Biersteuer herangezogen würden wie die süddeutschen Staaten.

Wenn nicht das kräftige Verhältnis zum Reich wäre, würden wir unseren Staatsvorschlag erheblich besser abschließen können als es der Fall ist. Als besonders erfreulich im ordentlichen Etat sind die Ausgaben für die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen zu bezeichnen; die Errichtung dieser etatsmäßigen Stellen entsprängen einem völlig berechtigten Bedürfnisse des Dienstes. Es muß ins Auge gefaßt werden, daß namentlich auch die untersten Stellen in etatsmäßige umgewandelt werden. (Sehr richtig.) Ein kontinuierlicher Dienst erfordert auch eine etatsmäßige Stelle. Wenn aber die Städte diesen Gedanken aufgegriffen und den Weg für praktikabel erachtet haben, so ist es wohl auch eine gerechte Forderung der Zeit, wenn auch der Staat sich diesem Gedanken sympathisch gegenüberstellt. Erfreulich sei es, im Budget höhere Beträge für das Schulwesen vorgezogen zu sehen. Damit möchte er aber nicht der Beurteilung über die Schulvorlage der Regierung vorgreifen (Sehr gut), es werde noch Gelegenheit sein zu sagen, ob von der Regierung hier alles getan worden ist, was not tut. In der Einnahmehinrichtung habe gewiß große Vorsicht abgewartet; die Mehreinnahmen aus dem Eisenbahnbetrieb seien ein deutliches Zeichen, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse eine steigende Tendenz haben. Von der Fleischsteuer hoffe er, daß sie bei der Vermögenssteuerreform ausgeglichen werde. (Beifall.) Bezüglich der Restkredite habe er zu bemerken, daß bei einzelnen Positionen zu große Rückstände vorhanden seien, so bei der Position: Lehrseminar in Freiburg. Mit diesem so notwendigen Bau des Seminars gehe es doch zu langsam vorwärts. Die Ueberlastung der Staatsarchitekten sollte dazu führen, auch die Privatarchitekten zu Staatsarchitekten heranzuziehen, soweit es ohne Schädigung der Staatsarchitekten möglich sei. Er behaupte, daß die Aufwendungen für Dienstwohnungen der Schulleute noch keine Vermehrung gefunden haben, obwohl das im Interesse der Schulleute besonders der in Mannheim gelegen wäre. Er hoffe, daß das Budget zum Nutzen des Landes gerichtet, und daß es möglich sein wird, bei künftigen Budgets liberaler wirtschaftliche Fortschritte des Landes zu verzeichnen, damit wir in der Lage sind, Kulturaufgaben zu fördern. (Beifall.)

Redner kommt dann auf die allgemeine politische Lage zu sprechen und führt aus: Die Urände, welche zu dem vormaligen Abkommen mit der Sozialdemokratie geführt haben, sind zwar in der Öffentlichkeit schon ausgiebig dargelegt worden, und ich glaube, daß diejenigen, welche einfließen in die politische Geschichte unseres Landes einen Einblick erlangt haben, daß diejenigen, welche die politische Lage unseres Landes zu erkennen vermögen, nicht nur sich nicht erstaunt haben über diese sozialistische Vereinbarung, sondern sie für erklärlich, für notwendig und für gerechtfertigt gehalten haben und daß die Entzweiung unserer norddeutschen Freunde und auch anderer Leute vor der Kritik der Tatsachen und der politischen Geschichte unseres Landes nicht standhalten kann. Ich hätte geglaubt, daß namentlich das Zentrum seinerlei Legitimation befiel, hier hinzugehen auf ein Nachlassen der nationalen Bestimmung in unseren Reihen, da wir uns mit der Untertugend verbunden. Die nationalliberale Partei, welche allerdings historisch durch und durch national gesinnt ist und überall einen Rückhalt darin erblickt, jederzeit eingetreten zu sein für die Macht und Größe des Reiches, hat sich in diesem Punkt aus gänzlich verfehlt, trotz des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie. Wir werden nach wie vor auf dem nationalen Standpunkt bestehen und wir weisen zurück alle Verächtlungen, die aus unserem politischen, sozialistischen Verhalten in Anleihen unserer nationalen Bestimmung gegen uns erhoben worden sind. Ich gebe Ihnen ohne weiteres zu, daß, wenn wir so vorgegangen sind wie die hiesigen, wir und einiges machen das Vorgehen des Zentrums zum Nutzen genommen haben. Bekanntlich hat das Zentrum immer die Hilfe angenommen, wo sie sich bot, und die nationalliberale Partei bekämpfte bis auf Messer, die zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt werden mußte; das war die Partei des Zentrums und seines geistigen Führers, des Weisl. Rates Wacker. Daß das Zentrum bei diesem Bemühen die Unterstützung der Sozialdemokratie gesüht, nicht abgelehnt, genehmigt und als hochförmlich begrüßt hat, daß das Zentrum gegen uns seit Jahren die Sozialdemokratie gefördert hat in dem Sinne, wir diese Partei es uns hier entgegen zu stellen, und der Sozialdemokratie Mandate verschafft hat gegen uns, das ist eine bekannte Tatsache. Ich brauche heute nicht an die Vorgänge zu erinnern, wie der Führer der Zentrumspartei sich angegriffen hat die Sache der Sozialdemokraten in Karlsruhe unterstehend, und dann den Sieg der Sozialdemokraten gegen den Nationalliberalen (genannt ist die Niederlage Wieglermanns L. 2. 1903 in Karlsruhe, D. M.) als ein „höherwertiges Ereignis“ bezeichnete. Wir erwidern in dem Resultat unseres sozialistischen Vorgehens, daß die Sozialdemokraten dadurch den Sieg errangen, kein „höherwertiges Ereignis“, wir erwidern in dem Vorgehen ledlich das Ergebnis einer politischen Notwendigkeit, in die wir verwickelt worden sind, dadurch, daß das Zentrum dank seiner seit Jahrzehnten betriebenen Agitation nahe daran gelangt war,

Volkswirtschaft.

Alteingeschlossene Gesellschaft für elektrische Industrie A.-G. Mannheim. Der Aufsichtsrat gab in der heutigen Generalversammlung bekannt, dass es infolge weiterer auskömmlicher Erwerbungen, welche die Gesellschaft in den vergangenen Monaten gemacht hat, angezeigt sei, die restlichen 75 Proz. auf die Aktien der Serie C, das sind 760 000 M., auf Anfang April a. c. einzuberufen. Die Ausschüsse für das laufende Geschäftsjahr wurden als befristete beschließen.

Vereinigte Speyerer Ziegelwerke A.-G., Mannheim. Nach dem Bericht der Direktion machte sich in der abgelaufenen Geschäftsjahresperiode ein Aufleben in der Branche fühlbar und man glaubt annehmen zu dürfen, daß nach den 5 schlechten Jahren sich allmählich wieder bessere Zeiten einstellen. Im allgemeinen hat sich die Bauaktivität namentlich im Industriegebiete gehoben, wodurch ein größerer Verbrauch als im Vorjahre vorhanden war. Das Geschäftsjahr hat nach genügenden Abrechnungen von M. 50 084,10 einschließlich Vortrag von 1908/04 einen Reingewinn von M. 88 027,65 ergeben, aus dem 4 Proz. Dividende verteilt werden, während M. 8028 auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Mannheimer Produktendörse. Die von Amerika gemeldeten schwächeren Kursen blieben auf die Stimmung des hiesigen Weizenmarktes ohne Einfluß, da unsere Getreidehändler weiter für greifbare Ware regen Interesse gefunden. Anders ist der Umsatz der Getreide. Auch für die übrigen Getreidearten, wie Reis, Gerste, Hafer und Roggen ist die Tendenz behauptet. Von Auslande wird exportiert, die Lønne, per Kaja, 41 Rotterdam; Weizen Kaplata-Kajala-Blanca sem. russ 80 kg. per Febr.-März zu 141. In Plata-Kajala-Blanca sem. russ 80 kg. per Febr.-März zu M. 141; Rumänier je nach Qualität und nach Gewicht prompt von M. 187 bis 148; Amerikaner Hard Winter No. 2 per Febr. M. 147,50 und Hard Winter No. 3 per Febr. M. 148. Roggen russischer 9 Sub 15-20 prompt M. 136; Ungar-Rumänien 72-73 kg. prompt M. 132, da 75-76 kg. M. 137. Gerste russ. 60-61 kg. Febr.-März M. 114; Donau 60-61 Febr.-März M. 118,50. Amerikaner 46 lbs. Febr.-März M. 107. Hafer Amerikaner No. 2 Klipped Weiz 33 lbs. schwer per Febr. M. 123,50, da 40 lbs. per Febr. März 126,50, Rumänier je nach Qualität prompt von M. 126 bis 140. Mais mixed per Febr. M. 98, per März 97, per Juni M. 98, da Plata-Mais per April-Mai M. 99 und per Plata-Juni M. 98,50.

Schneidwerkfabrik Frankenthal Albert u. Co., A.-G. Der Vorstand in den vergangenen 10 Monaten belief sich auf Markt 3 857 971,88 gegen M. 3 948 910,97 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Beschäftigung ist eine recht gute und belaufen sich die vorliegenden Aufträge auf M. 1 300 000. Die Dividende dürfte mindestens in gleicher Höhe wie im Vorjahre (10 Proz.) zur Auszahlung kommen. Die Fabrik ist im vollen Betrieb, für die abgebrannte Montagehalle sind provisorisch andere Räume geschaffen, und werden außer dieser Halle noch weitere Bauten für Montage und Arbeitsmaschinen geschaffen, um den wachsenden Nachfragen nachzukommen.

Vereinigte Anwalter Thal- und Bräufel'sche Brauerei, A.-G. Erhöhte Umsätze, insbesondere für Rohmaterialien, haben im abgelaufenen Geschäftsjahr ungünstig eingewirkt, so daß der Abschluß von 600 Hektoliter keine besonderen Früchte trug. Nach 21 842 Markt (21 800 M.) Abrechnungen ergibt sich ein Verlust von 13 804 M. (8004 M.), der mit 11 048 M. aus der dann ausgeherten Sonierungserlöse zu decken und mit 2157 M. auf neue Rechnung vorzutragen ist. In der Bilanz stehen 92 736 M. (50 427 Markt) laufenden Debitoren, 60 147 M. (55 315 Markt) Darlehen und 6245 M. (30 992 Markt) Hypothekendarlehen gegenüber: 10 607 M. (9247 Markt) Akzepten, 338 100 M. (322 000 Markt) Hypotheken und Bankkassen und 96 917 M. (97 557 Markt) laufende Kreditoren. Das Aktienkapital beträgt 300 000 M. Niedrigere Preise für Rohmaterialien lassen nach dem Bericht für das laufende Jahr einen besseren Abschluß erwarten.

Bestand, Zeit- und Kadelwerke, Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M.-Zahlenhausen. Die Verwaltung wird für das Jahr 1905 nach wesentlich höheren Abrechnungen als im Vorjahre eine Dividende von 8 Proz. (in den letzten Jahren 6 Proz.) vorschlagen. Der Geschäftsgang wird als andauernd zufriedenstellend bezeichnet.

Bilanz der Dresdner Bank in München. Die Dresdner Bank, welche durch ihre Filialen in Nürnberg und Würzburg seit einer Reihe von Jahren in Bayern tätig ist, hat nun auch in München eine Niederlassung eröffnet. Der Vorstand der Niederlassung besteht aus den Herren Wilhelm Seyditz und Georg Ziemer; der prokura geführte Herr Helmuth v. Herzogen. Bekanntlich ist die Dresdner Bank, welche ihr Aktienkapital allmählich auf 100 Mill. Markt erhöht hat und deren Reserven ca. 42 Mill. Markt betragen, durch Interessengemeinschaft mit dem K. Schaffhausen'schen Bankverein verbunden. Die Gemeinschaft verfügt über ein Gesamtkapital einschließlich Reservefonds von ca. 350 Mill. Markt.

Wirttembergische Baumwollspinnerei und Weberei bei Göttingen a. R. Der Aufsichtsrat beschloß die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. (wie i. V.) in Vorschlag zu bringen.

Die Jubiläumsspieler des Vereins A. Schmitt in Rheidt meldete den Konkurs an. Die Gläubiger nehmen an, daß 70 Proz. in Masse liegen.

Die Schlesische Bodencreditbank schlägt wieder 8 Prozent (wie i. V.) Dividende vor.

Vereinigte Hamburg. In der Aufsichtsratsversammlung wurde beschlossen, für 1905 eine Dividende von 8 Proz. p. t. l. (i. V. 8 1/2 Proz.) auf das inzwischen voll eingezahlte Aktienkapital vorzuschlagen. (Auf das mit 80 Proz. eingezahlte Kapital von nom. M. 20 Millionen wurden die restlichen 20 Proz. zum 30. September 1905 einkassiert.)

Audersbacher Barby a. d. Elbe. Eins am 19. Februar feststehende Generalversammlung soll auch über die Erhöhung des Aktienkapitals beschließen.

Der Aufsichtsrat der Schiffs-Württembergischen Portland-Zementfabrik A.-G. schlägt 10 Proz. (wie i. V.) Dividende vor nach Überweisung von M. 100 000 an die Sonderablage.

Zur Reorganisation der Stahlwerke Oerlinghausen A.-G. in Bielefeld wird dem „Konf.“ mitgeteilt, daß die Verwandten der Diebstehlen sich bereit erklärt haben, ein Kapital von 1 000 000 Markt zusammenzubringen. Die Gläubiger sollen im Nominalbeitrag ihrer Forderungen befriedigt werden, dagegen aber gehalten sein, für einen Betrag von 30 bis 40 Proz. ihres Guthabens neue Aktien der Gesellschaft zu übernehmen. Den Rest ihrer Forderungen erhalten sie in Aktien, deren Höhe und Fälligkeit erst nach festzustellen sein wird. Das neue Kapital der Gesellschaft soll ca. 4 Mill. Markt betragen. In einem Artikel, das die Gesellschaft vor einigen Tagen an ihre Gläubiger ergangen ist, wird als erste Aufgabe der neuen Leitung eine Verkleinerung des sehr beträchtlichen Lager und die Reduzierung der nicht für den Geschäftsbetrieb erforderlichen Liegenheiten bezeichnet. Terrains soll die neue Gesellschaft im Werte von über 4 000 000 M. besitzen, welche in Höhe von annähernd 4 000 000 Markt belastet sind.

Veränderungen in der Reichsindustrie. Der Vereinigte Hochalton-Verein in Remscheid gibt durch Rundschreiben bekannt, daß mit Rücksicht auf die Verteuerung sämtlicher Rohmaterialien, die Erzeugung der Arbeitsstoffe und die Zunahme der durch die soziale Gesetzgebung verursachten Kosten die vereinigte Reichs- und Hochalton-Industrie den Verkaufspreis um 5 Prozent erhöht haben.

Die Siemens u. Halske A.-G. in Wien teilte für 1904/05 bei unverändert M. 20 Millionen Kapitalabteilung des Berliner

Stammkapital nach Nr. 875 648 Abrechnungen einen Reingewinn von M. 810 880 (i. V. M. 884 160) aus, erzielte also nur 4,05 Proz. Verzinsung, während das Stammkapital eine Dividende von 6 Proz. anschießt. Die Geschäftsdaten haben sich von M. 2,29 Millionen auf M. 1,58 vermindert, die Debitoren sich von M. 5,13 Millionen auf M. 7,30 Millionen erhöht. Besondere Reizen werden nicht aufgezählt.

Kursblatt der Mannheimer Produktendörse vom 1. Februar.

Table with columns for various commodities like Weizen, Roggen, Hafer, etc., and their prices in different currencies and units.

Getreide unverändert. Devisenkurs: 100 Mark = 19,20 Reichsmark.

Frankfurter Effektenbörse. Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft. Schluss-Kurs: Reichsbank-Diskont 5 Prozent.

Table of exchange rates and prices for various goods like Ankerbier, Cognac, etc.

Städtische Papiere. A. Deutsche. 3 1/2% Reichsbank, 4% Reichsbank, etc.

Städtische Papiere. A. Deutsche. 3 1/2% Reichsbank, 4% Reichsbank, etc.

Städtische Papiere. A. Deutsche. 3 1/2% Reichsbank, 4% Reichsbank, etc.

Städtische Papiere. A. Deutsche. 3 1/2% Reichsbank, 4% Reichsbank, etc.

Städtische Papiere. A. Deutsche. 3 1/2% Reichsbank, 4% Reichsbank, etc.

Städtische Papiere. A. Deutsche. 3 1/2% Reichsbank, 4% Reichsbank, etc.

Städtische Papiere. A. Deutsche. 3 1/2% Reichsbank, 4% Reichsbank, etc.

Städtische Papiere. A. Deutsche. 3 1/2% Reichsbank, 4% Reichsbank, etc.

Städtische Papiere. A. Deutsche. 3 1/2% Reichsbank, 4% Reichsbank, etc.

Städtische Papiere. A. Deutsche. 3 1/2% Reichsbank, 4% Reichsbank, etc.

Städtische Papiere. A. Deutsche. 3 1/2% Reichsbank, 4% Reichsbank, etc.

Städtische Papiere. A. Deutsche. 3 1/2% Reichsbank, 4% Reichsbank, etc.

Städtische Papiere. A. Deutsche. 3 1/2% Reichsbank, 4% Reichsbank, etc.

Städtische Papiere. A. Deutsche. 3 1/2% Reichsbank, 4% Reichsbank, etc.

Städtische Papiere. A. Deutsche. 3 1/2% Reichsbank, 4% Reichsbank, etc.

Städtische Papiere. A. Deutsche. 3 1/2% Reichsbank, 4% Reichsbank, etc.

Aktion deutscher und ausländischer Transport-Anstalten.

Table listing shipping companies and their routes, including Hamburg, Bremen, and others.

Frankfurt a. M., 1. Februar. Kreditlinien 213,90. Staatsbahn 143,80. Lombarden 24,80. Sparer 4%, unv. Goldrente 97. Cottb. B. 198,50. Diskont-Kommandit 190,80. Kurra 250,90. Seltene 280,10. Larmhüter 149,80. Handelsgesellschaft 174,80. Dresdener Bank 187,70. Deutsche Bank 141,70. Bochumer 161,50. Nordde. 129. Tendenz: fest.

Rachbörse. Kreditlinien 213,90. Staatsbahn 143,80. Lombarden 24,80. Diskont-Kommandit 190,80.

Berliner Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeiger.)

Berlin, 1. Febr. (Hamb. B.). Die Festigkeit der ausländischen Börsen sowie die gestrige Lebhaftigkeit Remports, und der heute vorliegende Bericht des Iron Age fähren zu Beginn zu einer außerordentlich festen Tendenz in sämtlichen Werten, namentlich Metallen und Bergwerkaktien. Metallrischeur und Harpener sehr fest, unterstützt durch die Meldung vom Essener Kohlenmarkt über unverändert lebhaft Nachfrage. Banken durchwegs höher. Deutsche Fonds fest. Japaner auf von den bei r. Auch Russen höher. Bahnen fest. Barf. Wiener 1 Pro ent höher, 127,9. Von Schiffahrtsaktien Paderf. unter Realisierungen abgeschwächt. Im späteren Verlauf Banken mäßig nachgebend, bezüglichen Montanwerte unter Gewinnrealisierungen. Fonds fest. In weiter Börsenstände Schiffahrtsaktien befestigt auf Steigerungen in Lloyd angeblich auf Dividendenrückläufe. Montanwerte neuerlich anziehend. Auch Banken fest. Russen weiter gedrückt. Tägliches Geld 3 1/2. Nachher wesentlich still. Kurse meist nominell; doch Grundtendenz weiter fest. In dritter Börsenstände still und etwas schwächer. Industrie-werte des Kassamarktes nicht einheitlich, doch ziemlich fest. Raliwerte schwächer. 3 1/2. Konj. 0,80 p. U. besser.

Berlin, 1. Februar. (Schlußkurs.)

Table of stock prices for various companies and bonds in Berlin.

W. Berlin, 1. Februar. (Telegr.) Nachbörse. Kreditlinien 212,90. Staatsbahn 143,80. Lombarden 24,80. Diskont-Komm. 189,70. 100,20.

Pariser Börse.

Paris, 1. Februar. Anhangskurs. 3% Rente 99,50. 99,25. 4% Rente 104,70. Banque Ottomane 614. Rio Tinto 1060. 1078.

Londoner Effektenbörse.

Table of stock prices for various companies and bonds in London.

Berliner Produktendörse.

Berlin, 1. Febr. (Tel.) Produktendörse. Die Geringfügigkeit der Plakatsände und die Unmöglichkeit in der Zollfrage mit Amerika läßt den Markt gegenüber den schwächeren amerikanischen Kursen. Die Preise blieben für alle Artikel auf behauptet, da sich das Angebot wenig bemerkbar machte. Weizenporträte 2115, Roggen 2246, Hafer 841, Mais 2099 t kleiner als am 1. Januar. Wetter: bewölkt.

Berlin, 1. Februar. (Telegramm.) (Produktendörse) Preise in Markt pro 100 kg. (netto Berlin netto Kasse).

Table of commodity prices for wheat, rye, and other goods in Berlin.

Verantwortlich für Politik: L. S. Fritz Kayser. für Kunst, Illustration und Schriftliches: Fritz Kayser. für Lokales, Provinziales u. Gerichtsamt: Richard Schönlender. für Volkswirtschaft und den übrigen redaktionellen Teil: Karl Hoff. Druck und Verlag der Dr. G. Groß'schen Buchdruckerei, G. m. b. H.: Direktor Ernst Müller.

